

## **15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG**

### **107. Sitzung**

**Mittwoch, 8. Oktober 2014**

#### **TOP 3**

Antrag der Fraktion Grüne und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

**„Nein zur Maut – für eine nachhaltige Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur“**

Drucksache 15/5761

**Rede der verkehrspolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion,  
Nicole Razavi MdL**

Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Herr Haller, wenn ich Ihnen so zuhöre, dann muss ich einfach feststellen: An Ihrer Haltung hat sich nichts geändert. Sie haben vor allem keine Antworten. Sie kritisieren in alle Richtungen. Vor allem haben Sie noch gar nicht gemerkt, dass die SPD sowohl hier im Land als auch in Berlin in der Regierung ist. Die Konzeptionslosigkeit schreit ja zum Himmel. Deswegen hat sich auch im Vergleich zu der Debatte am 23. Juli nichts geändert. Ich frage mich, was an dieser Debatte aktuell sein soll. Sie ist mehr als lauwarm; denn die SPD und auch die Grünen haben zum Thema Verkehrsinfrastrukturfinanzierung weiterhin keine eigenen Ideen und Vorschläge, sondern legen weiterhin nur eine Verweigerungshaltung an den Tag.

Erstens: Sie fordern zu Recht mehr Geld für die Infrastruktur. Das tun wir auch.

Zweitens lehnen Sie die Pkw-Maut kategorisch ab und stellen sich damit diametral gegen die SPD in Berlin, die den Koalitionsvertrag mit der CDU unterschrieben hat.

Sie bleiben weiterhin ohne eigene brauchbare Konzepte und gefallen sich hier im Land weiterhin als der trotzig Totalverweigerer.

Die CDU ist bei ihrer Haltung geblieben, und wir bleiben auch weiterhin dabei.

Erstens: Wir müssen weg von der Finanzierung nach Kassenlage.

Zweitens: Wir sind grundsätzlich für die Einführung einer Pkw-Maut.

Drittens: Es ist aus unserer Sicht weiterhin das sinnvollste Instrument, zu mehr Geld zu kommen, und zwar dauerhaft.

Wir sind damit im Gegensatz zu Ihnen eindeutig auf Linie des einstimmigen Beschlusses der VMK vom Oktober letzten Jahres. Ich zitiere:

*„Was nicht aus dem Haushalt finanziert werden kann, muss aus Instrumenten der Nutzerfinanzierung realisiert werden“*

Und weil der Bedarf aus den Steuereinnahmen nicht abgedeckt werden kann, hält die VMK weitere Nutzerfinanzierungen für erforderlich.

Seit der letzten Debatte am 23. Juli 2014 ist Bewegung in die ganze Sache gekommen. Das BMVI ist auf dem Weg konstruktiver Gespräche und Abstimmungen mit den Ländern und auch mit den Kommunen. Klar ist: Noch sind nicht alle Probleme gelöst, aber wir sind der Meinung, man ist damit auf dem richtigen Weg.

Kommen wir zu dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen von Grün und Rot: Das einzig Kluge an diesem Antrag ist die Antwort aus dem MVI, von Ihnen, Herr Minister. Das meine ich wirklich ernst. Ich zitiere:

*„Das vorgelegte Konzept ist bislang lediglich in Eckpunkten bekannt, unterliegt ständigen Änderungen und wird seit der Vorstellung intensiv diskutiert. ... Um das Konzept und seine Auswirkungen auf Baden-Württemberg weitergehend bewerten zu können, wird die Landesregierung die Vorlage des entsprechenden Gesetzentwurfes abwarten.“*

Das heißt, im Gegensatz zu den Sie tragenden Fraktionen von Rot und Grün sind Sie, Herr Minister, klug genug, zu erkennen, dass man nicht ablehnen kann, was es noch gar nicht gibt. Und Sie sind auch klug genug, zu erkennen, dass die Vorlage eines Gesetzestextes zur Nutzerfinanzierung sehr wohl dem Beschluss der Verkehrsministerkonferenz entspricht. Ihre Antwort an die Kollegen von Grün und Rot ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Belehrung. Man muss sich einmal vor Augen führen, dass die Kollegen von Grün und Rot mit dem Antrag die Landesregierung auffordern, einen Gesetzentwurf abzulehnen, der noch

nicht einmal den Weg ans Tageslicht gefunden hat. Den gibt es einfach noch nicht. Dass Sie als die selbst ernannten Vertreter einer Politik des Gehörtwerdens einen solch wichtigen Prozess auf diesem Weg einfach kalt abwürgen wollen, das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Das spricht Bände.

Völlig unsinnig wird Ihr Antrag durch den zweiten Beschlussteil, in dem Sie die Landesregierung auffordern – ich zitiere:

*„...sich für eine auskömmliche, verlässlich planbare und nachhaltige Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur (...) und die Umsetzung des einstimmigen Beschlusses der Sonderkonferenz der Verkehrsminister in Berlin vom 2. Oktober 2013 einzusetzen, (...).“*

Warum sage ich „unsinnig“? Ganz einfach, weil Ihre Ziffer 2 die Ziffer 1 komplett aushebelt, weil sie ihr widerspricht. Sie verstehen wahrscheinlich nicht, warum – weil Sie den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz nicht bis zum letzten Satz gelesen haben. Ich zitiere aus dem Beschluss der Verkehrsministerkonferenz, letzter Satz:

*„Hinsichtlich der Neuschaffung von Gebühren/Abgaben für nicht in Deutschland zugelassene Pkw gilt es, im Rahmen eines Gesamtmodells einer Nutzerfinanzierung zu prüfen, dass diese EU-rechtskonform sein müssen.“*

Und jetzt? – Das heißt im Klartext, der Bundesverkehrsminister macht genau das, was ihm die Verkehrsministerkonferenz aufgetragen hat. Das MVI hat in seiner Antwort aufgepasst.

Aber Herr Minister, Sie haben in Ihrer Auflistung der Optionen für die Nutzerfinanzierung diesen letzten Satz einfach weggelassen.

Wir fragen uns alle: Warum wohl? – Weil die VMK-Konferenz einstimmig beschlossen hat. Das heißt, auch Sie, der grüne Verkehrsminister von Baden-Württemberg, haben der Prüfung einer Pkw-Maut für ausländische Pkw zugestimmt. Damit ist alles, was Sie in diesem Hause zu dem Thema bisher gesagt haben, schlicht und ergreifend Augenwischerei.

Das alles ist ein weiterer Beweis für die Verweigerungshaltung der SPD. Herr Haller, wenn Sie die Lkw-Maut noch weiter ausweiten wollen, dann müssen Sie das dem Mittelstand und den Verbrauchern erklären; denn sie werden es schlussendlich über den Preis der Produkte bezahlen. Wenn Sie die Steuern erhöhen wollen, dann wissen wir, was mit mehr

Steuereinnahmen passiert: In Baden-Württemberg gehen die überall hin, nur nicht in die Infrastruktur. Wenn Sie das Albig'sche Modell der Mineralölsteuererhöhung wollen – vor kurzem ist ihm eingefallen, man müsste eine 100-€-Vignette einführen, jetzt will er die Mineralölsteuer erhöhen –, auch das würden die Pendler hier im Land zahlen. Das wäre in einem Flächenland wie Baden-Württemberg schlicht und ergreifend verheerend.

Ich kann nur sagen: Kommen Sie zurück in die Realität. Liefern Sie Konzepte anstatt nur Protest. Dann können wir weiter darüber reden.